

Şehba: Lernen trotz Flucht und Krieg

Im Kanton Şehba besuchen 13.610 Schülerinnen und Schüler aus Şehba und Efrîn den Unterricht. Der Unterricht findet in zerstörten und provisorisch wieder aufgebauten Häusern und Schulen statt. ANF / ŞEHBA, 20. Nov. 2018.

In Folge der invasiven Angriffe des türkischen Staats auf Efrîn ab dem 20. Januar 2018 begann die Flucht eines Großteils der Bevölkerung des Kantons in die Region Şehba. Die Bevölkerung des Kantons Şehba hat sich mit der Flucht aus Efrîn mehr als verdoppelt. Das Bildungskomitee für eine Demokratische Gesellschaft (KPC-D) hat Ende August damit begonnen, die Ausbildung der massiv gestiegenen Anzahl der Schüler*innen vorzubereiten.

Nach dem Abschluss der Vorbereitungen für das Schuljahr 2018-2019 wurden am 15. September für die Schüler aus Efrîn und Şehba 81 Grund-, Mittel- und Oberschulen eröffnet. 64 der Schulen sind Grundschulen, die von 11.728 Schülern besucht werden. Zehn weitere Schulen sind Mittelschulen. Hier werden 1017 Schüler unterrichtet. An sieben Oberschulen werden darüber hinaus 465 Schüler ausgebildet. Gleichzeitig werden 1015 Schüler in den Camps Efrîn, Berxwedan und Serdem unterrichtet. Insgesamt arbeiten an den Schulen 977 Lehrerinnen und Lehrer. Bildung in mehreren Sprachen

In allen drei Schultypen erhalten die Schüler Unterricht in Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte, Geographie, Physik, Chemie, Moral und Kultur und Musik. In der Oberstufe wird auch Soziologie und Jineolojî unterrichtet. Mehrsprachigkeit ist eine der Grundlagen der Bildung. So werden die Studierenden in Kurdisch, Arabisch, Englisch und Französisch unterrichtet. An die 11.728 Grundschüler wurden bereits Schulbücher und Schulmaterial

verteilt. Die Verteilung von Unterrichtsmaterial in der Mittel- und Oberstufe dauert noch an.

Häuser in Schulen umgewandelt

Aufgrund der Kämpfe in der Region sind viele Schulen im Kanton Şehba nur noch Ruinen. Um den Unterricht fortsetzen zu können hat das KPC-D manche Häuser in Schulen umgewandelt.

Schülerkomitees

Andererseits arbeiten an den Mittelschulen und in der Oberstufe Schülerkomitees, damit die Schüler selbst ihre Interessen und ihren Bedarf vorbringen können. Die Schülerin Heyfa Haşim, deren Schule durch die Angriffe des türkischen Militärs in Schutt und Asche gelegt worden ist, sagt: „Das Wichtige ist, dass wir lernen können. Ort und Raum sind nicht wichtig. Und wenn es unter einem Baum wäre, würden wir weiter lernen. Wir erhalten unseren Unterricht in unserer Muttersprache entsprechend vorbereiteten Büchern. So widerstehen wir der kulturellen Vernichtung durch die türkische Besatzung.“ Die zehnjährige Fayza Al-Salim erzählt, dass sie und ihre Familie Aleppo aufgrund des Krieges verlassen mussten und nach Efrîn gegangen seien. Wegen der Angriffe mussten sie Efrîn ebenfalls verlassen und nach Şehba fliehen. Eigentlich müsste sie nun in der vierten Klasse sein, aber auf Grund des Krieges könnte sie erst die zweite Klasse besuchen. Sie sagt: „Wir lernen Arabisch. Neben den Buchstaben und den Wörtern lernen wir auch Mathe. Unsere Lehrer helfen und machen uns das Verstehen leichter.“

Şêrîn Silêman aus der Leitung des KPC-D erklärt, das Ziel ihrer Arbeit sei es, den Schülern zu ermöglichen, ihre Ausbildung fortzusetzen und sie fern von Einflüssen des Krieges zu halten.

Weitere Artikel auf der Homepage: +++ Nordirak: Barzanî rechtfertigt türkische Angriffe auf Zivilbevölkerung +++

www.ak-zur-kurdischen-revolution.de

Kontakt: redaktion@ak-zur-kurdischen-revolution.de

V.i.S.d.P: Ingo Speidel, Hornbergstr. 211, 70186 Stuttgart

Info zur Kurdischen Revolution 132

Aktuelle Informationen und Analysen zur kurdischen Revolution 28.01.19, Nr.

+++ Rätselraten um die Zukunft Nordsyriens +++ Interview mit Leila Mustafa: „Der ‚Islamische Staat‘ ist nicht vom Himmel gefallen“ +++ Zeugnistag für Kinder aus Efrîn +++ Şehba: Lernen trotz Flucht und Krieg +++

Rätselraten um die Zukunft Nordsyriens

Seit Donald Trump den Abzug der US-Truppen angekündigt hat, drohen auch im Nordosten Syriens neue militärische Auseinandersetzungen. Zwar ist eine „Sicherheitszone“ in der kurdisch dominierten Region im Gespräch, doch das Konzept ist so gut wie zum Scheitern verurteilt. Profitieren von der Situation könnte das Assad-Regime. 22. Januar 2019 von Jan, „adopt a revolution“.

Zwischen September und Mitte Dezember 2018 sah es so aus, als würde Nordsyrien allen Problemen zum Trotz ruhigeren Zeiten entgegensehen. US-Militär und Pentagon versicherten, nun doch deutlich länger in Syrien bleiben zu wollen; nach dem Islamischen Staat gelte es nun dem Iran entgegenzutreten. Die Washington Post leitete noch am 14. Dezember einen großen Report mit den Worten ein: „US-Truppen werden nun zeitlich unbegrenzt in Syrien bleiben.“ Die kurdisch dominierte Selbstverwaltung fand sich somit in einer starken Verhandlungsposition wieder und hatte diese bereits genutzt, um erste Verhandlungen mit dem Assad-Regime über die Zukunft des von ihnen kontrollierten Gebiets zu beginnen.

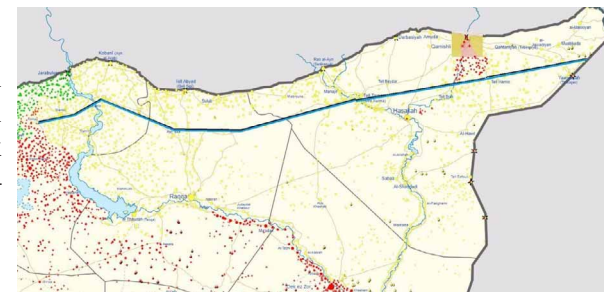
Doch dann, am 19. Dezember, erklärte Donald Trump plötzlich auf Twitter, sofort aus Syrien abziehen zu wollen. Die Empörung und Kritik auch in den eigenen Reihen war groß — Trumps Verteidigungsminister und sein Sonderbeauftragter für den Kampf gegen den IS traten zurück.

Türkische Drohungen gegen die Kurden

Einen Monat später ist noch immer völlig unklar, wie der US-Abzug ablaufen soll und was dies für Nordsyrien bedeuten würde. Ein rascher Abzug der

Amerikaner wäre vor allem aus zwei Gründen desaströs. Erstens war die NATO-Militärpräsenz einer der wichtigsten Gründe für die Türkei, nicht weiter gegen von der Selbstverwaltung kontrolliertes Gebiet vorzurücken. Zweitens bedeutete diese eine gute Verhandlungsposition der Kurden gegenüber dem Assad-Regime.

Die türkischen Drohgebärden stellen gegenwärtig das dringendste Problem für die nordsyrische Selbstverwaltung dar. Die türkische Regierung sieht die PKK-nahen Volksverteidigungseinheiten (YPG) als terroristische Bedrohung an. Diese sind das wichtigste Element der Syrisch-Demokratischen Kräfte (SDF), die Nordsyrien kontrollieren. Vor allem aber fürchtet Erdogan das recht erfolgreiche kurdische Projekt in Nordsyrien, weil es eine Inspiration auch für die türkischen Kurden darstellen könnte. Von der Türkei finanzierte arabische und turkmenische Rebellengruppen warten angeblich nur auf grünes Licht zum Angriff.



Eine „Sicherheitszone“ voller Probleme

Um die Gefahr einer türkischen Offensive auch im Falle eines Abzugs der USA weiter zu bannen und zugleich türkische Interessen zu wahren, hat US-

Präsident Trump eine „Sicherheitszone“ ins Spiel gebracht. Die Zone soll 32 Kilometer tief sein und entlang der syrisch-türkischen Grenze verlaufen. In der Praxis wird diese Lösung kaum dem Frieden dienen können: Innerhalb dieses Streifens entlang der türkischen Grenze liegen einige der wichtigsten mehrheitlich kurdischen Siedlungen wie Qamishli, Amude und Kobanê. Die Idee der Sicherheitszone wird schon deshalb von der Selbstverwaltung abgelehnt.

Auch ist unklar, wer diese Sicherheitszone kontrollieren soll. Die Türkei sähe freilich bevorzugt die eigenen verbündeten syrischen Milizen dort die Kontrolle übernehmen. Für die Selbstverwaltung wäre dies inakzeptabel und für einen großen Teil der Zivilbevölkerung ein Alptraum. In Afrin, dem kurdisch geprägten Kanton im Nordwesten, der seit einem Jahr unter türkischer Kontrolle ist, begehen türkisch finanzierte Milizen schwere Menschenrechtsverletzungen. Kurden und andere ethnische und konfessionelle Gruppen in der Region haben Gründe, die Türkei und ihre Verbündeten zu fürchten.

US-Beamte schlagen hingegen Berichten zufolge vor, dass Truppen des Kurdischen Nationalrats die Kontrolle des Sicherheitsstreifens übernehmen könnten. Dabei handelt es sich um ein der YPG kritisch gesonnenes Parteienbündnis, das durch die irakisch-kurdische Demokratische Partei Kurdistans unterstützt wird. Diese Truppen haben aber in Nordsyrien nahezu keinen Rückhalt. Fraglich ist auch, ob sie ausreichend Kapazitäten hätten, um in der „Sicherheitszone“ für Sicherheit zu sorgen. Ebenso im Gespräch ist, dass das Gebiet von lokalen, überwiegend arabischen Kämpfern zusammen mit britischen und französischen Soldaten gesichert werden könnte. Auch diese Option scheint nicht sehr wahrscheinlich.

Russland und Assad freuen sich

Die unausgegorenen Abzugspläne der USA und die folgenden Irritationen zwischen der Türkei und der USA kommen Russland und dem Assad-Regime gelegen. Russland betont, dass es die Wiederherstellung

der Kontrolle des Assad-Regimes über Nordsyrien für die „beste und einzige Lösung“ halte. Trumps Ankündigung des Truppenabzugs hat schon jetzt die Verhandlungslage der Kurden gegenüber Assad drastisch verschlechtert – ob die USA nun morgen oder erst in vier Monaten abziehen werden oder noch später ist nahezu irrelevant – der Schaden ist mit der Absichtserklärung bereits angerichtet: Die Kurden, so ist nun gewiss, haben keine verlässlichen starken Partner.

Aufgrund des erratischen Kurses von US-Präsident Trump ist nicht auszuschließen, dass es seinen Generälen erneut gelingt, ihn zum Bleiben zu drängen. Setzen sollte darauf jedoch niemand in Nordsyrien. Entsprechend erhöht dies das Risiko, dass sich die nordsyrische Selbstverwaltung bei den Verhandlungen mit dem Assad-Regime unter Wert verkauft: Es droht ein Selbstmord aus Angst vor dem Tod – weiter befeuert durch die türkischen Drohungen. Eine akzeptable Lösung, die den Menschen in Nordsyrien eine türkische Offensive und ihnen zugleich eine Rückkehr des Assad-Regimes erspart scheint aktuell nur vorstellbar, wenn es gelänge, Trump zur Vernunft zu bringen – oder wenn sich europäische Staaten trauen würden, gegen den Willen der Türkei die von den USA hinterlassene Lücke zu füllen.

Ein neuer Idlib-Deal zwischen der Türkei und Russland?

Auch für die rund drei Millionen ZivilistInnen in Idlib ist die aktuelle Situation bedrohlich. Die Region, die eigentlich unter Aufsicht der Türkei steht, wurde vor Kurzem zum größten Teil durch die dschihadistische Miliz Hai'at Tahrir al-Sham (HTS) eingenommen – obwohl die Türkei gegenüber Russland zugesagt hatte, die Dschihadisten in den Griff zu bekommen. Die Türkei hatte die Verantwortung für die Situation in Idlib übernommen, um eine Offensive des Assad-Regimes und seiner russischen Verbündeten auf die Region zu verhindern, da eine Regime-Offensive gegen Idlib mit großer Sicherheit zu einer Massenflucht in die Türkei führen würde. Aktuell befürchten manche Beobachter, dass die Türkei und

Russland sich darauf einigen könnten, dass Russland eine türkische Offensive in Nordsyrien akzeptiert und dafür die Türkei aus Idlib abzieht und damit eine Offensive auf Idlib zulässt. Ein Angriff des Regimes und der russischen Luftwaffe auf Idlib ist jedoch selbst dann zu befürchten, wenn es zu keinem Handel zwischen Erdogan und Putin kommt.

Syrien: „Der ‚Islamische Staat‘ ist nicht vom Himmel gefallen“

Von Petra Ramsauer, „Wiener Zeitung“ vom 29.12.2018.

Interview mit Leila Mustafa, die Bürgermeisterin der ehemaligen IS-Hauptstadt Rakka, über den eigentlichen Anti-Terror-Krieg.

„Wiener Zeitung“: Frau Mustafa, meinen Sie, dass eine junge Kurdin wie Sie von der mehrheitlich arabischen Bevölkerung Rakkas akzeptiert wird? Leila Mustafa: Ich übe meine Tätigkeit ja gemeinsam mit einem ebenso gewählten arabischen Mann aus. Diese Doppel-Führung soll zeigen, dass Syrien ein neues System braucht, in dem alle Gruppe Mitsprache haben.

Wie kann eine Stadt wie Rakka mit ihren 200.000 Einwohnern drei Jahre Herrschaft der Terrormiliz-IS verdauen?

Wichtig ist, dass wir uns über die Wurzeln klar werden. Der „Islamische Staat“ ist ja nicht vom Himmel gefallen. Viele Menschen hier haben die Gruppe auch unterstützt. Wir müssen uns jetzt

Adopt a Revolution unterstützt in Nordsyrien zahlreiche Projekte der syrischen Zivilgesellschaft – Frauenzentren, Dialogprogramme und Weiterbildung. Damit leisten sie vor Ort Widerstand gegen den Einfluss aller radikalen Kräfte. Helfen Sie mit, stärken Sie diese Projekte mit Ihrer Spende!

fragen: Warum stellt sich jemand auf die Seite eines dermaßen brutalen Systems? Und was ebenso wichtig ist: Wie können wir verhindern, dass es nochmals geschieht?

Welche Antworten haben Sie anzubieten?

Dass die Terrormiliz hier so stark wurde, hat eben viel damit zu tun, dass sich die Bevölkerung, zum Großteil arabische Sunniten, vom Regime von Präsident Bashar al-Assad massiv marginalisiert gefühlt hat. Als er im Laufe des Bürgerkrieges immer mehr auf die Unterstützung des Irans gesetzt hat, vertiefte sich diese Kluft. Am nötigsten wäre es jetzt aber, die zerstörten Gebiete rasch aufzubauen. Die Bevölkerung ist auf 60 Lager verteilt. Rakka ist immer noch mit 8000 Sprengsätzen vermint. Wir bräuchten dringend mehr internationale Hilfe, damit die Bevölkerung erkennt, dass der Krieg gegen den „Islamischen Staat“ auch ihr Sieg ist. Sonst droht sich die Enttäuschung in Radikalisierung zu übersetzen

Zeugnistag für Kinder aus Efrîn

Die aus Efrîn stammenden Kinder, die aufgrund der türkischen Besatzung mit ihren Familien nach Şehba geflohen sind, haben Halbjahreszeugnisse bekommen. ANF / ŞEHBA, 28. Jan. 2019.

Nach der Besatzung von Efrîn durch den türkischen Staat mussten im März vor einem Jahr Hunderttausende Menschen die Region verlassen. Die meisten gingen in den benachbarten Kanton Şehba, der nicht lange zuvor von der Terrormiliz Islamischer Staat befreit worden ist. In Eigenregie und ohne in-

ternationale Unterstützung wurden zunächst mehrere Auffanglager eingerichtet und bereits im April 2018 konnte die erste provisorische Schule eröffnet.

Gestern war Zeugnistag für die Kinder aus Efrîn in Şehba. Nach Angaben des Komitees für Bildung und Lehre, das in der Föderation Nord- und Ostsyrien den Schulunterricht organisiert, wurden 9431 Zeugnisse an Grundschulkindern ausgegeben. Die Mittelstufe wird in Şehba von 1649, das Gymnasium von 11.378 Schülerinnen und Schülern besucht.